

Der Vollzugsdienst

4-5/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie ?

Protest gegen geplantes Melde-
system des Berliner Justizsenators

Seite 1

1990 - 2020: BSBD Brandenburg besteht seit 30 Jahren

Am 15. September 1990 fand der
erste Vertretertag statt

Seite 30

Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt aus dem Boden gestampft

Neues Haftgebäude mit 80 Haft-
plätzen kurz vor der Fertigstellung

Seite 41



Foto: © Sven Skultety

Personalratswahl 2020

BSBD NRW – Deine berufliche Zukunft in guten Händen

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 55 in dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BREMEN



HAMBURG

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie?
- 2 Abschließende Worte zum Revisionsurteil des BGH
- 3 Elon Musk und der Justizvollzug – Betrachtungen zum dritten Einstiegsamt
- 4 Präsenzsitzung der Bundesleitung – Informationsaustausch mit dem Ortsverband Fulda
- 6 dbb Bundesfrauenvertretung: Generationswechsel in turbulenten Zeiten
- 7 Erhöhung der Pauschbeträge war überfällig
- 8 Der Justizvollzug und die Corona-Krise

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 23 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 34 Bremen
- 37 Hamburg
- 41 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 54 Niedersachsen
- 55 Nordrhein-Westfalen
- 69 Rheinland-Pfalz
- 75 Saarland
- 79 Sachsen
- 81 Sachsen-Anhalt
- 87 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 91 Fachteil
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2020:



8. Dezember 2020

Wo ein (politischer) Wille ist, da ist auch ein Weg – Abschiebehafteinrichtung aus dem Boden gestampft

Verbaute Summe für 60 zusätzliche Haftplätze: tatsächlich 100 Millionen Euro?

Es ist schon beachtlich, was da am Standort der JVA Darmstadt passiert ist. Wir erinnern uns, am 2. November 2017 verließ der letzte Freigänger den offenen Vollzug der JVA Darmstadt, am 10. November 2017 übernahm das Innenministerium die insgesamt drei Freigängerhäuser, das VCC zog an den Standort Frankfurt um...



Bereits im Jahr 2018 ging die Abschiebehafteinrichtung in Betrieb. Belegt war die Einrichtung bisher in besten Zeiten mit 20 Abschiebebefangenen. 10 Mio. Euro wurden für die erste Umbauphase im Haushalt eingestellt – ad hoc. Zur Refinanzierung wurden bereits im Haushaltsentwurf 2019 eingestellte Geldmittel wieder gestrichen. U. a. der seit 20 Jahren angemeldete Neubau des Pfortengebäudes der JVA Darmstadt fiel dieser Aktion mit gestrichenen rund 4 Mio. Euro zum Opfer. Das war und das ist aber noch nicht alles. Seit 2019 wird an der AHE

weiter gebaut – die Abschiebeeinrichtung wird nun auf 80 Haftplätze aufgestockt, ein neues Haftgebäude mit 60 Plätzen ist kurz vor der Fertigstellung und Inbetriebnahme. Das Pfortengebäude die Marienburgstraße entlang wirkt sehr beeindruckend.

Wirklich 1.250.000 Euro pro Haftplatz?

Das neue Hafthaus wird mit hohem technischen Ausstattungsgrad gebaut. Man stelle sich das mal im Justizvollzug vor: Baubeginn 2019 – Inbetriebnahme (Pforte und Hafthaus) ca.

November 2020. Verbaute Summe in Euro: Tatsächlich 100 Mio.???? So hört man jedenfalls. Das wäre in Zahlen: **100.000.000 Euro!** Wahrscheinlich dann aber für alle 80 Plätze, oder???

Wahnsinn!

Das wären übrigens **1.250.000 Euro pro Haftplatz**. Lediglich an einer Stelle profitieren die Bediensteten der JVA Darmstadt eventuell mit: der Parkplatz wird aufgestockt, umgebaut, es entstehen zusätzliche Parkplätze für die Mitarbeiter*innen der AHE.

Ansonsten hatte ganz besonders die JVA Darmstadt zu bluten. 2017/2018



Fotos (4): BSBD Hessen





Start der Baustelle in Kassel.



Fotos (2): Archiv JVA Kassel

hatte der hessische Justizvollzug insgesamt 25 Bedienstete für die Inbetriebnahme an das Innenressort zu liefern. 10 Bedienstete kamen allein aus der JVA Darmstadt. Die 25 neu eingestellten Bediensteten (die waren nicht auf einen Streich da) mussten dagegen ausgesucht, eingestellt, eingearbeitet und schließlich ausgebildet werden. Jetzt, 2020, steht deren Ausbildungsende an. Mögen sie alle Ihre Laufbahnprüfung bestehen.

Die 2018 dem Justizvollzug zur Kompensation der 25 abgegebenen Bediensteten 25 neuen Stellen werden zum 31. Dezember 2020 übrigens wieder gestrichen aus dem Stellenplan des hessischen Justizvollzugs. Vielen Dank dafür. Viel Arbeit ohne jedes Vergnügen. Während die Kollegen*innen der JVA Darmstadt aktuell erleben, wie die Bezahlung in der AHE ist und welche Beförderungen dort ausgesprochen

werden, herrscht in der JVA Darmstadt Ebbe, anders ausgedrückt: Beförderungsstau. Vielen fehlt es aktuell an einer absehbaren Perspektive. Das potenziert den Frust. Auf den Neubau der Pforte der JVA Darmstadt warten sie dort nun weiter. Bereits um 2005 liefen erste Planungen und Anmeldungen zum Haushalt, der Vorgänger der jetzigen Anstaltsleiterin wollte das Projekt megadringend durchsetzen. Das war ca. 2015, dann ging er in den Ruhestand. Die gesamte JVA Darmstadt ist übrigens sanierungsbedürftig, wie so viele andere Anstalten auch.

Sanierungsprojekte in Kassel I und Butzbach müssen warten

Die großen Sanierungsprojekte in Kassel I und Butzbach lassen auf sich warten, alle haben sie mittlerweile rund 15 Jahre Planung der Sanierung auf dem Buckel. Die Anstalten aus den 50er und

60er Jahren, d.h. neben Darmstadt die JVA Ffm IV, die UHaft Häuser der JVA Wiesbaden, die JVA Kassel II haben Sanierungsbedarf. Was ja auch nicht verwunderlich ist nach mehr als 60 Jahren. Gießen und Limburg sind Anstalten aus dem vorletzten Jahrhundert, sie stammen aus der gleichen Zeit wie Butzbach und Kassel. Sie werden notdürftig immer und immer wieder „geflickt“. Dabei gibt es an manchen Standorten nicht mal genügend Personal für die Gebäudeunterhaltung. Aber immerhin der Abriss und Neubau der JVA Frankfurt III, begonnen in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, ist nun in der letzten Bauphase: das letzte Hafthaus befindet sich im Bau, 40 Jahre Umbauzeit sind ja auch irgendwie genug.

100 Mio. Euro und in zwei Jahren bezugsfertig für die AHE! Wo ein politischer Wille gegeben ist, ist plötzlich auch ein Weg. Und was für einer. ■

„Alle Stellen besetzt“ – eine Zeitungsüberschrift schockiert das Vollzugspersonal

BSBD Hessen stellt klar: Im hessischen Justizvollzug sind aktuell 100 Stellen zu besetzen

Eigentlich wäre es ja eine positive Nachricht, wenn sie denn wahr wäre. Auf der Grundlage einer dpa-Nachricht titelten am 29. Juni 2020 verschiedene hessische Tageszeitungen: „alle Stellen besetzt“ im hessischen Justizvollzug – und: keine vakanten Stellen. Um was ging es in der dpa-Meldung?

Die dpa hatte offensichtlich im Landtagsinformationssystem gestöbert, dort fand ein dpa-Redakteur die Antwort

des Hessischen Ministeriums der Justiz auf eine kleine Anfrage der SPD. Die SPD hatte nach den Ausbildungsstellen im Justizvollzug gefragt.

Diese Stellen waren zum Zeitpunkt der Beantwortung tatsächlich alle besetzt. Unberücksichtigt blieb bei dieser Antwort allerdings, dass der hessische Justizvollzug gerade für den AVD viel zu wenige Ausbildungsstellen hat, von ehemals 391 (im Jahr 2004) stehen im Haushaltsplan 2020 nur noch 163,5 Ausbildungsstellen zur Verfügung. Die

sind folglich nur deshalb tatsächlich alle besetzt – eben, weil es zu wenige sind. Darauf hatte der BSBD Hessen bereits im Februar hingewiesen und eine Aufstockung gefordert. Tatsächlich befinden sich aktuell zwischen 210 und 220 Obersekretär*innen i. JVD in der Ausbildung für den allgemeinen Vollzugsdienst.

Stellentechnisch wird dieser Überhang im Umfang von mehr als 50 Stellen dann auf Beamtenstellen geführt. **Richtig schockiert** war der BSBD Hes-

sen, dass in der **dpa**-Berichterstattung (auf der Grundlage der beantworteten **SPD**-Anfrage) gar dargestellt wird, es **gebe keine vakanten Stellen im Justizvollzug**. „Das“, so der **BSBD Hessen** in seiner Presseerklärung, **„ist blanker Unsinn!“** Im hessischen Justizvollzug sind aktuell immer bis zu 100 Stellen frei, wir haben großen Personalbedarf gerade im Rhein-Main-Gebiet. Die Konkurrenz ist groß am Arbeitsmarkt, es kommt zu Abwerbungen auch von anderen öffentlichen Arbeitgebern.“

Ganz besonders der Bundeszoll mit seinem Geschäftsbereich „Bekämpfung der Schwarzarbeit“ macht es den Anstalten im Rhein-Main-Gebiet besonders schwer.

Wie es sein kann, dass die Ausbildung des allgemeinen Vollzugsdienstes als Befähigungsnachweis für diese Laufbahn anerkannt wird, ist schon beamtenrechtlich betrachtet ein Rätsel.

Es gab allerdings auch schon seitens des Hauptzollamts das Ansinnen, man möge die Bediensteten, die sich dort hin beworben hatten, für drei bis sechs Monate dorthin abordnen, damit man sie dort kennenlernen könne. Das wirkt schon sehr respektlos, was der Bundeszoll an Gebaren an den Tag legt. Das muss hier einmal deutlich gesagt wer-

den. Der Justizvollzug hat jedenfalls „kein dienstliches Interesse“ an dieser Erprobung.

Der **BSBD Hessen** zur aktuellen Situation: „Statt zu behaupten, alle Stellen seien besetzt, brauchen wir seitens des hessischen Ministeriums der Justiz dringend eine wirkungsvolle Nachwuchskampagne im hessischen Justizvollzug! Wir bieten ein spannendes Aufgabenfeld, wir bieten Teamarbeit, wir bieten einen langfristig sicheren Arbeitsplatz!“

Konkret fordert der BSBD Hessen:

- Weitere 57,5 Anwärterstellen für den AVD; wir brauchen in den nächsten fünf Jahren wenigstens **220 Ausbildungsstellen**, um die Personalabgänge für die Babyboomerjahrgänge zu kompensieren (durchschnittlich 75 pro Jahr), die vorzeitig in den Ruhestand Versetzten wieder zu besetzen (durchschnittlich 19,75 in den letzten vier Jahren), Entlassungen, Kündigungen, Versetzungen in andere Bundesländer (um die 20 pro Jahr) nachzubesetzen!
- Wir brauchen eine **Einstellungsoffensive mit Nachwuchskampagne** und Infos auf den Kanälen, auf den junge Menschen heute Infos ziehen (You-

tube, Instagram u.ä). Wir brauchen Werbung, die ins Auge springt statt Corporate Identity. Fachleute sagen: was nicht binnen drei Sekunden wirkt, wird weggeklickt, ignoriert.

- Wir brauchen eine **massive Beschleunigung** im Personalauswahlverfahren, schnellere Entscheidung, mehr zentrale Steuerung und die baldige Einführung des e-recruitings. Letzteres wird uns allemal ein Umdenken abfordern. Und das ist gut so.
- Wir brauchen eine **Werbeprämie für die Kollegen*innen**, die im Bekanntenkreis erfolgreich werben. Im zentralen Auswahlverfahren erwecken häufig diejenigen Bewerber*innen einen guten Eindruck, die tatsächlich aus der Kollegenschaft geworben wurden. Und wenn persönliche Werbung den größten Erfolg bringt, warum können wir dann nicht gerade diese Strategie über eine Werbeprämie stärken???
- EG 4 für die neu eingestellten Tarifbeschäftigten ist zu niedrig!. In der Abschiebehafteneinrichtung in Darmstadt (Zuständigkeit: Innenministerium) werden die neu Eingestellten deutlich besser in der Einarbeitungszeit gezahlt). Wir fordern die Einstellung in EG 6 und ...
- Wir brauchen eine eindeutige **Beschränkung der Tarifbeschäftigtenzeit** nach der Einstellung! Aktuell dauert sie durchschnittlich 11,3 Monate. Diese Beschäftigtenzeit darf nicht länger als maximal 1 Jahr dauern, dann muss die Berufung ins Beamtenverhältnis auf Widerruf erfolgen!
- Wir brauchen **zusätzliche Ausbildungslehrgänge**, sechs Lehrgänge pro Jahr müssen laufen, um den Personalbedarf zu decken. 110 bis 120 Ausgebildete werden jedes Jahr gebraucht.
- Hierfür brauchen wir neben dem H. B. Wagnitz-Seminar in Wiesbaden einen **zusätzlichen Ausbildungsstandort**, an dem die fachtheoretischen Ausbildungsabschnitte laufen.
- Wir brauchen für diese Ausbildungsoffensive **mehr hauptamtliche Lehrkräfte!** Das können die nebenamtlichen Lehrkräfte nicht allein wuppen.

Abwerbung durch den Zoll nicht weiter hinnehmbar

Und schließlich: Was der Zoll an Abwerbung treibt, darf nicht weiter hingenommen werden. Wie kann es sein, dass eine fachfremde Ausbildung als Befähigung für die dortige Laufbahn akzeptiert wird. Hier ist dringend eine politische Intervention erforderlich!



Urkundenübergabe an den Abschlusslehrgang E 200.

Foto: BSBD Hessen

Mit Mundschutz im Landtag:

Vollzugpolitisches Gespräch mit der CDU

Gesetzgeber formuliert immer neue Aufgaben – das dafür notwendige Personal fehlt

Die **Stellungnahme des BSBD Hessen zu den beabsichtigten Änderungen der hessischen Vollzugsgesetze stand im Mittelpunkt des vollzugpolitischen Gesprächs mit den CDU-Landtagsabgeordneten Uwe Serke und Hartmut Honka am 10. Juni 2020 im Hessischen Landtag.**

Ausführlich wurde über Bodycams im Justizvollzug, die Verdoppelung des Besuchsangebots, Drohnenbekämpfung durch Waffen, sowie umfangreiche Überprüfungen der Besucher gesprochen. Dass der Gesetzgeber umfassende neue Aufgaben formuliert, ohne hierfür über das dafür notwendige Personal nachzudenken, erzürnt.

Im Bereich der allgemeinen Justiz, so der **BSBD Hessen**, ist so etwas undenkbar; dort gab es für die Rufbereitschaft der Betreuungsgerichte 18 Stellen, für die Einführung von **SoPart** insgesamt 20 Stellen (davon bekam der Justizvollzug dann lediglich vier Stellen ab).

Wer eine Aufgabe gar verflünffacht, kann nicht davon ausgehen, dass dies einfach unspektakulär umgesetzt werden kann, zumal bei der Besucherüberprüfung auch Polizeidienststellen mit Mehrarbeit belastet werden.

Ausführlich wurde über die Arbeitssituation der Vollzugsbediensteten in

Corona-Zeiten gesprochen. Angesprochen wurde **darüber hinaus die Kostenerstattung für die Rauchgasuntersuchung nach Haftraumbränden.**

Seitens des Dienstherrn angeordnet, gehen die Rechnungen nach aktueller Rechtslage an die betreffenden Bediensteten selbst, die zunächst in Vorlage zu treten haben. Da kommen schnell mal mehr als 500 Euro pro Ausschlussuntersuchung zusammen, insbesondere wenn ein Rettungswagen beteiligt war. Allein in Hessen sind diese Kosten dann über die Dienstunfallfürsorge abzurechnen, von dort wird das Geld zurückerstattet.

Da es sich allerdings um eine Vorsorge- bzw. Ausschlussuntersuchung handelt, wird häufig – und nach großem administrativem Getöse – festgestellt, dass gar kein Dienstunfall vorgelegen hat. Das Geld wird dann – nach diesem Feststellungsbescheid – nichtsdestotrotz im Rahmen von Kulanz von dort erstattet. Naja, da kann man es doch gleich durch die Anstalt anweisen, oder? Personalpolitisch jedenfalls die bessere Lösung. Und für die Betroffenen, die ihrem Geld mitunter hinterherzulaufen haben auch. Im übrigen ist ein Haftraumbrand immer auch ein einschneidendes Erlebnis für die Bediensteten. **Der BSBD Hessen bleibt dran!**

Es war einmal ...

Dienstwohnungen im hessischen Justizvollzug

Leerstand: Ehemalige Dienstwohnungen werden seit ein paar Jahren nicht mehr vermietet

Es war einmal der hessische Justizvollzug, der hatte an diversen Standorten und direkt vor den Toren dieser Anstalten eine erquickliche Zahl von Dienstwohnungen. Warum? Weil damals darauf gesetzt wurde, im Notfall sehr schnell Bedienstete in der Anstalt zu haben. Die Wohnungen waren für das Budget gerade der AVD-Kollegen*innen auch bezahlbar. Und im Notfall kamen die Bediensteten tatsächlich auch gerannt. So war das damals. Ach ja: Fürsorge war auch ein Grund, Dienstwohnungen anzubieten.

Anfang der 2000er Jahre erkannte die damals neu gewählte hessische Landesregierung, dass Dienstwohnungen Geld kosten. Muss das denn sein? Und man entschied, die Dienstwohnungen zu verkaufen oder sie in Landesmietwohnungen umzuwandeln. Gesagt, geschrieben, getan. Und so wurden die Dienstwohnungen der JVAen Kassel I, Rockenberg und Dieburg schwuppdie-wupp verkauft. Weg waren sie.

In Darmstadt und Butzbach wurde kein Käufer gefunden

Anders lief das allerdings an den Standorten Darmstadt und Butzbach. Da fand sich nämlich kein Käufer für diese Liegenschaften. Und das ist bis heute so. Immer wieder wurden die Darmstädter Wohnungen durch den LBiH angepriesen, es wurden Kaufverhandlungen geführt. Einmal hatte man sogar den „Mietern“ ihr Haus zum Kauf angeboten.

Bauunterhaltungsmaßnahmen wurden auf Null gefahren

Aber als der Kauf schließlich entscheidungsreif war, waren plötzlich die Immobilienpreise explodiert. Und nein, zum höheren Kaufpreis wollte dann auch keiner der mietenden Bediensteten einsteigen und Häuslebesitzer werden. Zumal: nachdem Anfang der 2000er Jahre die Idee des Verkaufs erst einmal im Raum gestanden hatte, wurde zwar nicht verkauft, aber dafür wurden die Bauunterhaltungsmaßnahmen umgehend gegen Null gefahren, seit-



Landesvorstand im Gespräch mit MdL Uwe Serke CDU (erster von links) und MdL Hartmut Honka CDU (vierter von links). Für den BSBD: Florian Haas, Wilma Volkenand, Birgit Kannegießer, Florian Prihoda und Heinz-Dieter Hessler.

Foto: BSBD Hessen



Dienstwohnungen vor den Toren der JVA Darmstadt.

Foto: BSBD Hessen

dem (!!!) werden nur noch die allerallernotwendigsten Arbeiten erledigt.

Kurzum: es gibt jetzt auch dort einen großen Sanierungsbedarf. Viele Wohnungen werden nur noch durch ihre Bewohner „in Schuss“ gehalten, das deutsche Mietrecht macht da aber eigentlich andere Vorgaben.

Auch wenn immer noch nicht verkauft, werden die Wohnungen seit ein paar Jahren auch nicht mehr vermietet, sie werden nicht mehr angeboten. Leerstand macht sich breit, was nun auch nicht gerade schonend für die Bausub-

stanz ist. Und das, obwohl es nichtsdestotrotz seitens der Bediensteten immer wieder Nachfragen und Bewerbungen auf die freistehenden Wohnungen gibt.

Was nun, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann? Was nun? Seit mehr als 15 Jahren sind die in den (ehemaligen) Dienstwohnungen lebenden Bediensteten dieser Ungewissheit ausgesetzt.

Die Mietpreise am freien Wohnungsmarkt – gerade am Standort Darmstadt – sind derart angezogen, dass seitens der Betroffenen nicht einfach ausge-

zogen werden kann. Das ist in erster Näherung eine Frage des Geldes und der Einkünfte. Da gammeln nun Wohnungen vor sich hin, werden weder saniert noch modernisiert, obwohl die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum immens ist. Da suchen wir Bewerberinnen und Bewerber, könnten doch wenigstens durch ein Wohnungsangebot punkten, um irgendwie konkurrenzfähig zu werden. Dem hessischen Justizvollzug bleibt diese Chance aber offensichtlich verwehrt.

Betroffene Kollegen*innen bleiben auf der Strecke

Im Zuständigkeitsdschungel zwischen den beteiligten Behörden, externen Wohnungsbaufirmen, dem Finanzministerium, dem LBiH und schließlich unserer Aufsichtsbehörde bleiben die betroffenen Kollegen*innen auf der Strecke. Am Standort Butzbach müsste massiv Geld in die Hand genommen werden, um die Wohnungen überhaupt erst von den Versorgungsleitungen der JVA zu trennen. Das wissen wir seit zwei Jahrzehnten. Geld gab es hierfür keins, für die Bauunterhaltung auch nicht. Usw., usw., usw...

Der BSBD Hessen fordert die politischen Verantwortlichen auf, die Wohnungen nun endlich zu sanieren, im Besitz des Justizvollzugs zu belassen und den Bediensteten zum Wohnen als Landesmietwohnung oder Dienstwohnung anzubieten. ■

Wie werden die Führungskräfte in unserem Dienst-Arbeitsalltag wahrgenommen?

Von Wilma Volkenand

Das Thema Führung und Motivation beherrscht nicht nur in „geschlossenen Systemen“ wie in Justizvollzugsanstalten das Tagesgeschehen. Zahlreiche Autoren auf unserem Planeten beschäftigten sich seit der Industrialisierung mit dem Thema. Wenn zur damaligen Zeit auch nicht so intensiv wie heute. Unmengen an Fachliteratur; Fortbildungsangebote für Führungskräfte; Motivationsveranstaltungen für Führungskräfte.

Seit vielen Jahren steigen die Angebote im öffentlichen Raum – der freien Wirtschaft sowie in geschlossenen Systemen. Dabei richten sich die Angebote nicht nur an Menschen, die führen sollen. Ob Beschäftigte oder Beamte. Ganz egal. Eine nicht geringe Anzahl unserer Führungskräfte befindet sich in einer Doppelfunktion.

Die unterschiedlichsten Ebenen, die bedingt durch die vorgegebene Hierarchie auf Vorgesetzte einwirken, prägen das Geschehen. Fast bei jeder Zusammenkunft, ob in der Freizeit oder im Dienstalltag, Treffen innerhalb unserer Fachgewerkschaft des BSBD's, Treffen mit Gewerkschaftern, Treffen mit Personalräten; egal wo und mit wem. Arbeitszufriedenheit ist augenscheinlich das A und O für alle.

Jeder hat das Bedürfnis wahrgenommen zu werden

Nicht selten werden stets die negativen Erlebnisse mit dem jeweiligen Vorgesetzten (Chef) geschildert. Personal zu Führen ist die größte Herausforderung, die man sich vorstellen kann. Die Erwartungen, die an eine Führungskraft gestellt werden scheinen kaum erfüllbar zu sein. Ganz besonders – nach

meinen eigenen Wahrnehmungen/Beobachtungen – in einer Zwischenrolle.

Jeder Einzelne hat innerhalb der Hierarchien das Bedürfnis, wahrgenommen zu werden. Nicht selten besteht Konkurrenzdenken. Abhängig von Vorgesetzten und dessen Beurteilungen. Je höher in der Hierarchie, umso unabhängiger scheint das Verhalten. Bevor jemand ganz an der Spitze einer Anstalt angekommen ist, wurde von jedem Einzelnen ein Weg durch die jeweiligen Ebenen durchschritten. Meines Erachtens entstehen weitere Schwierigkeiten durch die unterschiedlichen Berufsgruppen innerhalb unserer JVA.

In der Regel ist der allgemeine Vollzugsdienst die größte Berufsgruppe in unserem System. Jedoch werden die Spitzenfunktionen innerhalb unserer Mauern nicht von der Berufsgruppe des allgemeinen Vollzugsdienstes

Die Krankenquoten sind seit Jahren – besonders bei allen Schichtdienstleistenden – enorm hoch. Der allgemeine Vollzugsdienst und die Kollegenschaft des Krankenpflegedienstes, die ihren Dienst vor Ort zu leisten haben, haben konstant hohe Ausfallzeiten. Alle Maßnahmen scheinen im Nichts zu verpuffen. Nicht selten – wenn auch vor vorgehaltener Hand – wird nicht nur von den Führungskräften geäußert, dass von einem einfachen „die machen krank“ gesprochen wird. Sicher – auch innerhalb der nicht zur Führung gehörenden – haben wir ein Bild, wenn Kollegen an besonders langen Dienstschichten immer wieder – im Krank – zu Hause verbringen. Vorlieben für vor oder direkt nach Urlaubstagen entwickeln. Leider!!! – ja das haben wir. In jeder Dienststelle. In jedem Land.

Die gegenseitige Erwartungshaltung ist enorm. Die Bereichsleitungen werden als Schlüsselfunktionen von unten sowie von oben wahrgenommen.

Diese Ebene rekrutiert sich ausschließlich aus der Basis, soll nun die Basis leiten. Soll dafür sorgen, dass die Abteilungsleitungen in der Lage sind, ihr Personal zu führen. Die Basis erwartet von ihren Bereichsleitungen, dass die Leitungen durch die Bereichsleitungen von den Widrigkeiten/Herausforderungen im Schichtbetrieb unterrichtet wird. Nicht selten wird von der ganzen Organisation erwartet, dass die Bereichsleitungen Personalausfälle kompensieren. Sprich, selbst in die Lücken springen. Schließlich entstammen sie dem Personalkörper, dem sie nun vorstehen.

„Gasgeber“ landen schnell auf dem Boden der Tatsachen

Die Basis bewertet – die Führung bewertet. Beide haben andere Ansprüche an das Führungsverhalten der Bereichsleitung. Hinzu kommt der eigene Anspruch. Wie würde der Bereichsleiter gerne führen – wenn er dies unabhängig entscheiden könnte? Wäre es genau so – wie er jetzt bedingt durch die von der Abteilung sprich der Leitung vor geschriebene Zielrichtung – verfährt? Nicht selten sind die Kollegen, die schon einige Jahre an Dienst erfahrung aufweisen können, zum Ende hin regelrecht demotiviert.

Dienstjüngere Kollegen haben oft – zumindest während ihrer Anfangszeit – viel Energie. Etliche von ihnen versprechen sich, dass sie vieles verändern wollen. Nach relativ kurzer Zeit landen einige „Gasgeber“ auf dem Boden der Tatsachen. Wie in anderen Berufszweigen – auch außerhalb der Justiz – wird



Symbolfoto: © Stockfotos-MG/stockadobe.com

stets nach Wertschätzung gerufen. Dem mit der Führung betrauten Personenkreis wird nicht selten mangelnde Wertschätzung attestiert. Was wollen all die Beschäftigten/Beamten?

Der „Untergebene“ fühlt sich unterlegen

Ist der Satz „wir werden gar nicht wertgeschätzt“ zu viel verlangt? Für manche Vorgesetzte – das habe ich vor kurzem selbst gehört – ist der Begriff „Wertschätzung“ entbehrlich. „Wenn was nicht klappt, kommen Sie mir immer mit zu wenig Wertschätzung – ich kann das nicht mehr hören!“



Symbolfoto: © Thomas Reimer/stockadobe.com

Nicht selten packt das Gegenüber dann den bildlichen Koffer. Senkt devot den Kopf. Das Thema ist geschlossen. Der „Untergebene“ fühlt sich unterlegen. Nie wieder wird der Mensch seiner Führungskraft so vertrauensvoll entgegnetreten. Nie wieder wird er sagen, was ihm im Zwischenmenschlichen fehlt.

Kritik wird als Angriff gewertet

Sind unsere Führungskräfte zu sehr an der Macht interessiert? Vielleicht ist der Antreiber jegliche Kritik als negativ – ja sogar als Angriff verstehen zu wollen – Unsicherheit. Oder sind die Erwartungen an die Führungskräfte zu hoch? Mag sein, dass die Erfahrungen der Führungs“riege“ mit ihren eigenen Vorgesetzten spiegelbildlich verwandt werden. Schilderungen aus anderen Anstalten könnten zumindest darauf schließen lassen.

Verteilen unsere Abteilungsleitungen nur den Druck, den sie selbst seitens der Aufsichtsbehörde erhalten? Frei nach ihren Erfahrungen. Nach dem Motto: „Mit mir wird ja auch nicht zimperlich umgegangen. Ich werde auch von oben herab behandelt. Der Ton mir gegenüber ist nicht geprägt von Wertschätzung.“

Oder ist es die Sorte Mensch, die sich gezielt für die Führung von Personal interessiert. Sind sie von Macht besessen? Sind Führungskräfte, die es an die Spitze geschafft haben, gar narzisstisch veranlagte Menschen? Sind die Strukturen innerhalb der Hierarchieebenen dafür verantwortlich?

Was bedeutet der Begriff Wertschätzung?

Oder ist es gar normal, dass die, die geführt werden sollen, zu kritisch sind? Ist es in der freien Wirtschaft anders? Sind unsere Ansprüche zu hoch? Suchen wir Probleme wo keine sind? Sind wir zu verwöhnt? Können wir das Wort Wertschätzung überhaupt erklären? Bedeutet es für jeden etwas anderes? Vielleicht wird die Begrifflichkeit ja tatsächlich oft missbraucht? Mein persönlicher Eindruck ist, dass wir tatsächlich beide Phänomene haben. Wir haben oft mit Menschen in der Vorgesetztenfunktion zu tun, die geprägt sind von Befehl und Gehorsam. Auf der anderen Seite haben wir besonders im verbeamteten Status nicht wenige, die sich gezielt ausleben. Vielleicht sogar mit dem Gefühl, denen zeig ich es. Ich lass nicht so mit mir umspringen. Getroffen werden leider nur die, die den Dienst derer, die innerlich gekündigt haben,



Symbolfoto: © cameravit/stock.adobe.com

Vorgesetzte, die Zuhören, besser noch Hinhören können, sind gewünscht.

übernehmen müssen. Entweder in der Schicht – dann müssen eben zwei Stationen „bedient“ werden oder aber die Bereichsleitungen übernehmen mit. Ein Kreislauf entsteht.

Wertschätzung im Hinblick auf Berufszufriedenheit. Beides bei **Google** eingeben führt uns zu Erfahrungsberichten aus Sicht von Führungskräften; zu Erfahrungsberichten von Geführten; zu wissenschaftlichen Auswertungen bis hin zu Persönlichkeitstrainern. Zahlreiche Studien wurden ausgewertet. Unzählige Autoren haben sich dem Thema Wertschätzung gewidmet.

Wertschätzung besteht aus vielen Bausteinen

Zu meinen ganz persönlichen Favoriten zählt die Psychologin **Mahsa Amouda-dashi**. Erst durch ihre „Übersetzung“ des Begriffes „Wertschätzung“ hat sich für mich das Wort aus einer Worthülse befreit. Wertschätzung besteht in der Tat aus vielen Bausteinen. Aber das Wichtigste, sprich das Zauberwort ist die Empathie. Eine Grundvoraussetzung für Wertschätzung.

Wir müssen bereit sein, uns mit unserer eigenen Persönlichkeit auseinanderzusetzen. Akzeptieren, dass wir alle anders ticken. Mit der Fähigkeit, uns in andere hineinzusetzen. Sicherlich kann das nur einer starken Persönlichkeit gelingen. Die Schwachen haben Angst, ihre Macht zu verlieren. Nie würden sie sich von ihrem Sockel runterbewegen. Diese Art von Persönlichkeit wird sich abschotten. Abgrenzen. Vielleicht passiert die Abgrenzung sogar innerhalb der eigenen Gruppe.

Mir kommt der Satz einer Führungskraft in den Sinn. Die Dankesrede an eine Leitungsgruppe. Ein Abschiedsdank. In noch keiner Anstalt wurde das Zusammenhalten so deutlich empfunden. Alle ziehen an einem Strang. Für die Leitungsgruppe das beste Lob, was man sich vorstellen kann.

Heruntergebrochen auf die, die von der eingeschworenen Mannschaft geführt werden, fatal. Kein Zoll breit Wasser unterm Kiel. Keine Akzeptanz einer anderen Meinung. Auf der Strecke bleibt der Untergebene. Die Zielrichtung wird vorgeben. Eine kleine Einheit – ist zufrieden! Die Denke in Wir und Die. Meine Berufsgruppe und Ihrer Berufsgruppe.

Sicher haben wir alle eine andere Motivation. Wir wünschen uns Führungskräfte, die Aufmerksamkeit und bewusste Wahrnehmung als Bausteine für Wertschätzung mitbringen. Die Wertschätzung ernstnehmen.

Die, die Herausforderungen an der Tür mit dem Gefangenen wahrnehmen. Als Herausforderung sehen. Nicht einfach mit: „das ist doch deren Job“ abtun. Wir wünschen uns Vorgesetzte, die einen Blick für uns haben, die Zuhören können oder besser: sogar Hinhören.

Die sich auch bei uns entschuldigen können, wenn sie „daneben“ lagen. Die unterstützend bei uns sind. Nicht solche, die bei besonderen Vorkommnissen bei der Fehlersuche ganz vorne dabei sind. Von denen wir hören, wie wir von ihnen gesehen werden. Oft hören wir, dass von bzw. über uns gesprochen wurde. Wenn die Meldung über

einen besonderen Vorfall nicht bereits im Juristendeutsch abgefasst wurde. Aber wir alle müssen im Hinblick auf Wertschätzung einiges tun. Wenn wir was einfordern, müssen wir auch was bringen wollen. Ebenfalls nicht selten nehme ich eben keine Offenheit der Basis wahr. Weit verbreitet ist die Haltung „everbodys darling“.

Vorgesetzte bekommen nicht immer alle Misstände mit

Wurde eben noch kritisiert was das Zeug hält, wird im Beisein der Führungskraft devot gelächelt. Wie soll da der Wunsch nach dem „die wissen doch gar nicht, was bei uns abgeht“, wenn wir nicht bereit sind, genau das nach oben zu melden. Frei nach dem Motto: „Der, der die unangenehmen Nachrichten vermeldet, wird geköpft“. Das ist dann der Meckerer, der Störer. Gerade die Berufsgruppe des allgemeinen Vollzugsdienstes hat rund im Anstaltsgefüge eine breite Aufgabenpalette. Wir dürfen und können nicht erwarten, dass unsere Vorgesetzten alle Misstände vollumfänglich „mitbekommen“.

Wir alle sollten bereit sein, unsere Meinung zu vertreten. Wir alle sollten davon abkommen, dass Kritik nur negativ besetzt ist. Ein ganz wichtiger Baustein wäre hier die Kommunikation. Das Gespräch. Sich auszutauschen. Mit der Bereitschaft, dem Gegenüber auch die eigene Meinung zu belassen.

Mit der festen Bereitschaft sich mit Wertschätzung und seinen Bausteinen zu beschäftigen.

Wilma Volkenand



Kommunikation ist unabdingbar. Das Gespräch ist ein wichtiger Baustein. Wir sollten davon abkommen, dass Kritik nur negativ besetzt ist. Symboloto: © Shutterstock/stock.adobe.com



Jacqueline 2.0

September 2020

Liebes Hessisches Ministerium der Justiz,

nachdem meine Fragen vom letzten Jahr über gewerkschaftliche Umwege zu meiner vollen Zufriedenheit beantwortet wurden, schreibe ich Ihnen wegen einem echt doofen Ärgeris erneut. Sie erinnern sich sicher, mein Name ist Jacqueline und ich bin seit erfolgreicher Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst im schönsten aller Verwaltungs-Competence-Center, nämlich in Frankfurt eingesetzt. Ich bin da in der Verwaltung.

Vor kurzem hat sich die **Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann** höchst persönlich bei mir per Rundmail aus ihrem Vorzimmer für meinen Einsatz in Corona-Zeiten bedankt (da hab ich mich total gefreut) und mir mitgeteilt, dass sie mir quasi zu meinem Selbstschutz helfen will und muss. Wegen NSU 2.0. Deshalb wird mein Bildschirm jetzt nach 3 Minuten gesperrt, wenn ich was weiter machen will, muss ich mich immer wieder anmelden. Bei meiner Einstellung im VCC wurde ich vom Systemadministrator meiner Behörde belehrt und habe auch viele Zettel unterschrieben, auf denen stand, dass ich bei Verlassen meines Arbeitsplatzes meinen PC Arbeitsplatz sperren muss, bei Facebook und Co keine anstößigen Bilder und Kommentare posten darf, und die per E-Mail eintreffenden Angebote für Erbschaften von irgendwelchen Prinzen ignorieren muss. Dabei kann ich über meinen Computer nicht einmal ins Internet. Hm. Vermutlich haben sämtliche Gesetze und Vorschriften, die das dienstliche Verhalten der Hessischen Landesbeamten regeln, wegen Covid-19 über Nacht ihre Gültigkeit verloren!? Naja, und das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, Lauterkeit des dienstlichen Verhaltens etc. pp. – hat das irgendjemand bei uns vergessen? Na klar ist es schlimm, wenn bei der Polizei aus dem Computer Adressen gesucht und Drohbriefe geschrieben werden. Ist doch peinlich und richtig gefährlich für unseren Staat, wenn das Beamte machen.

Aber die Gefahr für unser Hessen ist doch nicht weg durch die Aktion „Sperrung des Bildschirmarbeitsplatzes nach 3 Minuten“, oder ??? Echt, das reicht! Ich sitze übrigens mit meiner Kollegin in einem Doppelbüro. Soviel Leute kom-

men nicht rein, die haben alle megaviel zu tun hier. Ist aber schon nervig, wenn ich dann 'ne Akte aus dem Schrank hole, was suche oder einen Antrag lese und ständig meinen PC entsperren muss, damit ich weiterarbeiten kann. Hab' übrigens gehört, dass sich die Kollegen der Gerichte auch drüber aufregen. Und: ich hab mal mitgezählt, ich musste an einem Tag über 50 Mal mein Passwort rein tippen. Nicht, weil ich so oft Pippi musste oder mir 'nen Kaffee holte. Nee. Einfach nur, weil ich 'ne Akte holte, 'nen Anruf machte, durch Anfragen gestört wurde. Aber das habe ich ja schon gesagt. Und wenn jemand anruft, und ich während des Gesprächs 'ne Info aus dem Rechner brauche, muss ich mich wieder anmelden. Den Hörer klemm' ich dann unter's Kinn. Das tut dem Nacken echt nicht gut. Kopfhörer und Mikros zum Telefonieren gibt's bei uns natürlich nicht. Muss wohl zu teuer sein.

Ein altgedienter Kollege hat mir gestern mit dem Taschenrechner vorge-rechnet: „Weißt Du Schaggi, wir hatten früher mal das Instrument der Zeitaufschreibung, da musstest Du täglich eintragen, was Du so gearbeitet hast. Jetzt könntest Du bei 10 (von 20 möglichen) Entsperrungen deines PCs pro Stunde, die jeweils 6 Sekunden dauern, täglich 8 Minuten – PC entsperrt – eintragen. Das addiert sich bei 220 Arbeitstagen im Jahr auf 29 Stunden und 20 Minuten. Das heißt, dass Du 3 2/3 Arbeitstage nur Deinen PC entsperrst. Wenn ich wie Du in der Gewerkschaft wäre, würde ich da direkt mal neue Stellen einfordern, schließlich bleibt da bei jedem Bediensteten ein Haufen Arbeit liegen. Bei einer großen Anstalt mit 300 Mitarbeitern sind da locker 4 Stellen drin.“ Das habe ich dann meinem **BSBD** auch gleich erzählt.

Ich gebe zu, ich wollte auch schon mal diese 3 Minuten Sperrregelung umgehen. Mein Versuch, ein Salatblatt auf meine PC Mouse zu legen und diese durch mein Meerschweinchen knabbernd bewegen zu lassen, scheiterte kläglich. Die erste Stunde war alles prima, aber dann war das Meerschweinchen satt und hat aus Langeweile das Mouse-Kabel zerbissen. Vorher war sie noch über die Tastatur gelaufen, hat ein paar Bohnen hinterlassen und eine E-Mail mit dem Text **qxrbu,i.wcū-vz** an meinen Chef geschickt. Der kam gleich mal vorbei, um zu prüfen, ob es mir gut geht. Das Meerschweinchen schaute ihn so niedlich, wie es geht,

an, aber mein Chef erklärte mir, dass Haustiere im Büro – und schon gar nichts im Gefängnis – verloren hätten. Wuff! So ist er, mein Chef, kennt seine Mitarbeiter*innen. Mein Meerschweinchen sitzt jetzt wieder täglich 10 Stunden einsam zu Hause in seinem Käfig und starrt interessiert auf meinen Computer daheim. Die Mouse durfte ich laut System Admin auch nicht selbst ersetzen, weil doch der chinesische Hersteller bestimmt weiß, dass ich heute in den Media Dingsbums komme, exakt diese Mouse nehme und die dann im VCC an einen Hessen PC anschließe. So werde ich dann ausspioniert. Für was die Chinesen sich alles interessieren. Und wie die das machen.

Dabei gibt's bei uns doch gar nicht so eine Datenbank wie bei der Polizei, wo alle Daten drinstehen über alle Leute. Was kann ich denn bei uns Spannendes gucken, um unser Land zu gefährden?

Ich weiß, dass die IT-Systeme des Hessischen Vollzuges ihrer Zeit immer 5 Jahre voraus sind, zumindest wenn man davon ausgeht, dass wir nach denen ihren Plänen jetzt schon das Jahr 2010 schreiben.

In Zeiten von Irisscannern, Fingerabdrucksensoren, doppelter Authentifizierung beim Online Banking etc. pp wird doch die HZD in der Lage sein, den Zugang zu sensiblen Abfragesystemen so zu sichern, dass sich die Geschehnisse von NSU 2.0 nicht wiederholen? Auf meiner Arbeitstatur sind die Buchstaben **q e i a j l c n** und die Zahlen 0,1, 8,9 und 1 besonders „fettig“. Könnte es sein, dass auch jemand, der kein russischer Hacker ist, mein Windows-Passwort errät?

Liebes Ministerium und nun – zum Schluss – meine Frage: Bekommen wir die neuen Stellen oder gehen wir lieber zurück zur alten Regelung – Sperrbildschirm nach 15 Minuten – und vertrauen auf die Rechtschaffenheit der Hessischen Beamten*innen im Justizvollzug? Und auf die technischen Möglichkeiten.

Herzlichst

Ihre Jacqueline

PS: **Glosse** (laut Wikipedia):

„Unter einer Glosse (von altgriechisch γλῶσσα glōssa, „Zunge, Sprache“, über lateinisch glossa) wird ein meist kurzer und pointierter, oft satirischer oder polemischer, journalistischer Meinungsbeitrag in einer Zeitung, einer Zeitschrift oder im Fernsehen verstanden.“